

# Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5.— Mk., vierteljährlich 15.— Mk.  
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung  
..... der Freien Stadt Danzig .....  
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Abbestellungspreis: Die Spandhaus Zeile 1, 50 Mk. von Nummer 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungswesen nach Hof, Carl, die Spandhaus Zeile 1, 50 Mk. von Nummer 6.— Mk. Bei Wiederholung Abbest. nach dem 9. Hft. — Postfach Danzig 2045.  
Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Nr. 143

Mittwoch, den 22. Juni 1921

12. Jahrgang

## Kampfanzeige der englischen Arbeiterpartei.

### Die englischen Arbeiter gegen den Wirtschaftskrieg der Alliierten.

London, 21. Juni. Auf der Jahreskonferenz der Arbeiterpartei in Brighton griff der Vorsitzende, Cameron, die Politik Lloyd Georges an, indem er u. a. sagte: Die Politik der Koalitionsregierung bedeute Chaos und wirtschaftlichen Ruin. Im Handel stehe es schlechter als je. Ein großer Teil der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit sei darauf zurückzuführen, daß die alliierten Regierungen sich verschworen hätten, einen Wirtschaftskrieg zu führen, der möglichst wirksam die Mittelmächte dauernd zu Krüppeln mache. Die Bedingungen des Friedensvertrages seien Deutschland auferlegt worden mit verhängnisvollen Folgen für die wirtschaftliche Lage der Arbeiter Englands und aller Länder der Welt. Auf derselben Konferenz kündigte der Sekretär des Verbandes der Bergarbeiter, Frank Hodges, an, daß sich die Bergarbeiter vielleicht den „unvermeidlichen“ Mächten, die sie umgeben, beugen müssen. Die Bergarbeiter würden aber nicht eher ruhen, als bis sie die Regierung zu Fall gebracht und politisch das erreicht hätten, was sie wirtschaftlich nicht hätten erreichen können.

### Die Verständigungsbemühungen der Gewerkschaftsinternationale in Oberschlesien.

Oppeln, 20. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Ueber den Verlauf der Informationsreisen der Genossen Fimmen und Jouhaux vom Internationalen Gewerkschaftsbund (Amsterdam) nach Oberschlesien berichtet der Rattowitzer „Volkswille“:

Bei den Verhandlungen am Donnerstag vormittag in Rattowitz mit den deutschen Vertretern der freien Gewerkschaften führte Genosse Jouhaux-Paris aus, daß Oberschlesien heute eine ungeheure Bedeutung für die Weltwirtschaft habe, und darum müßten deutsche und polnische Arbeiter gemeinsam das Problem lösen helfen, da die kapitalistischen Gegner sich heute schon darüber einig wären. Die Vertreter der freien Gewerkschaften wiesen auf die Gefahren hin, die den Arbeitern bevorstehen, falls das Industriegebiet Polen zugeteilt werden sollte. Oberschlesiens wirtschaftliche Momente forderten ein ungeteiltes Oberschlesien bei Deutschland, wofür noch der soziale Fortschritt der deutschen Arbeiterschaft und die Stärke der Arbeiterbewegung sprechen.

Am Nachmittag wurden die Verhandlungen mit Vertretern des polnischen Zentralverbandes geführt. Sie betrafen sich u. a. auf die Denkschrift des Berg- und Hüttenmännischen Vereines während des Krieges an Bethmann Hollweg, in der die Annexion des Dombrowaer Kohlenbeckens gefordert wurde. Sie schlossen daraus, daß, wenn früher die obereschlesische Schwerindustrie nicht ohne die polnischen Gebietsteile existieren konnte, jetzt eine Zuteilung Oberschlesiens an Polen noch möglich sein müßte; Deutschland könnte infolge seiner blühenden Industrie Oberschlesien verschmerzen, Polen dagegen sei ohne Oberschlesien nicht lebensfähig. Auch die polnischen Vertreter forderten ein ungeteiltes Oberschlesien.

Im Hinblick auf den Bruderkampf des deutschen und des polnischen Proletariats regte Genosse Fimmen-Amsterdam an, einen gemeinsamen Aufruf an die deutsche und polnische Arbeiterschaft zu erlassen, der zur Beruhigung beitragen sollte. Die Veröffentlichung wurde aber von polnischer Seite abgelehnt, während die freien Gewerkschaften für sofortige Veröffentlichung eintraten. Auch der Vertreter der Warschauer Gewerkschaftszentrale plädierte für sofortige Veröffentlichung. Die Genossen Kohn (ADGB) und Jolawski (Polen) einigten sich alsdann, daß die Zentralvorstände in Berlin und Breslau einen gemeinsamen Aufruf an die obereschlesische Arbeiterschaft veröffentlichen.

Die Verhandlungen mit den Vertretern des Berg- und Hüttenmännischen Vereines am Freitag machten den Vertretern des Internationalen Gewerkschaftsbundes das statistische Material zugänglich. Am Nachmittag besuchten Jouhaux und Fimmen eine polnische Belegkammerparlamentung vom Nitsch-Schacht, um sich über die Stimmung zu orientieren. Derselbe Plan auf deutscher Seite wurde durch die Verweigerung von Fahrtausweisen durch die Polen verhindert.

So haben die Genossen aus Westeuropa auch am eigenen Leibe die polnische Freiheit erfahren.

### Bolschewisierung der obereschlesischen Aufstandsbewegung.

Der obereschlesische Berichterstatter des „Berl. Sozialang.“ berichtet ausführlich, über die immer weiter um sich greifende

Bolschewisierung der obereschlesischen Aufstandsbewegung. In Oberschlesien befindet sich eine kommunistische Zentrale, die mit unbeschränkter Mittelkraft arbeitet. In den letzten 10 Wochen seien rund 18 Millionen Mk. für kommunistische Propaganda ausgegeben worden.

Berlin, 22. Juni. Wie der „Berl. Sozialang.“ von parlamentarischer Seite erfährt, begibt sich eine deutsche Delegation nach Oberschlesien, die sich aus Vertretern des Auswärtigen Amtes und aus Mitgliedern der drei Regierungsparteien zusammensetzen soll. Die Delegation soll zur Abklärung der Frage der Zurücknahme und der Auflösung des deutschen Selbstschutzes beitragen.

London, 21. Juni. Reuters erfährt, daß von der interalliierten Kommission ein Plan für die progressive Zurückziehung der Polen und der Deutschen in Oberschlesien entworfen worden ist, der gegenwärtig mit beiden Parteien erörtert wird. Im übrigen ist die Lage unverändert.

Breslau, 21. Juni. Die Stadt Rattowitz hat an den Regierungspräsidenten in Oppeln, an das Auswärtige Amt in Berlin, an den Reichstag, an den preussischen Landtag und an den deutschen Bevollmächtigten in Oppeln einen Hilferuf gerichtet, worin die herrschenden Zustände geschildert werden. Zum Schluß heißt es: Mit aller schwerster Besorgnis sieht die Bevölkerung der nächsten Zukunft entgegen, denn man sieht sich unter den schwallenden Umständen, deren Besserung noch nicht abzusehen ist, vollkommen ohnmächtig.

Hindenburg, 21. Juni. Auch hier sind infolge der wüsten Verfehrstörung auf den Gruben- und Kohlanstalten, die Stopeplätze überfüllt. Die Förderung der Gruben muß daher eingeschränkt und zahlreiche Kohlenbatterien müßig gestellt werden. Einige Kohlenhalde sind bereits in Brand geraten.

### Der Völkerbund beauftragt die Franzöisierung des Saargebietes.

Genf, 21. Juni. Der Völkerbund stimmte heute in geheimer Sitzung, in der die Proteste der deutschen Regierung, betreffend die Anwesenheit französischer Truppen und die Gerichtsbarkeit französischer Gerichte im Saargebiet, sowie die Anwesenheit über die Einführung der Frankensprache in öffentlichen Diensten des Saarbeckens behandelt wurden, den Ausführungen des Präsidenten der Regierungskommission des Saargebietes, Raoult, zu. Präsident Raoult suchte die deutschen Proteste u. a. durch den Hinweis zu entkräften, daß die Gerichtsbarkeit der Kriegserichte durch ein Dekret eingeschränkt werde, und daß die Ausweisungen zum Teil wieder zurückgenommen worden wären. In einer Erklärung vor Vertretern der Presse suchte Präsident Raoult die Anwesenheit französischer Truppen damit zu rechtfertigen, daß diese Garnisonen seien, und daß die von der deutschen Regierung geforderte drückende Gendarmerie für das Budget zu kostspielig sei.

### Die Gareis-Debatte im bayerischen Landtag.

München, 21. Juni. Der Landtag beschäftigte sich heute mit den Interpellationen der Unabhängigen und Mehrheitssozialisten wegen der Ermordung des Abgeordneten Gareis. In seinem Nachruf gab Präsident Königbauer der Erwartung Ausdruck, daß es gelingen werde, den Verbrecher der gerechten Strafe zuzuführen und die Motive der Tat reiflos zu klären. Die unabhängige Interpellation wurde vom Abgeordneten Neumann begründet, der den politischen Mord an Gareis, Ministerpräsident v. Kahr sei offenbar nicht imstande, sein Versprechen, allen Staatsbürgern freie Betätigung zu sichern, einzulösen. Bezüglichwert sei die Art, wie Gareis in rechtsstehenden Blättern mit Schmutz beworfen worden sei. Abgeordneter Neumann erklärte es für eine Verkümmung, daß Gareis Ententeoffizieren Mitteilungen über Waffenlager gemacht und einen darauf bezüglichen Artikel im „Lemps“ geschrieben habe. Man stehe jetzt unter einer Diktatur, schwarz-weiß-rot kostümiert, mit dem Hakenkreuz an der Fahne. Die Arbeiterschaft werde gezwungen sein, sich mit Selbstschutz zu umgeben, solange diese Regierung am Ruder sei. Was in Bayern herrsche, sei nicht Ruhe und Ordnung, sondern Anarchie. Der Redner verlangte zum Schluß, daß endlich auch in Bayern verfassungsmäßige Zustände hergestellt würden, und forderte auch die bürgerlichen Parteien auf, dazu mitzuwirken.

Der Mehrheitssozialist Saenger erklärte, daß es sich bei dem Mord an Gareis um einen politischen Mord handle. Dem Ministerpräsidenten v. Kahr sei die Verhöhnung der Klassen nicht gelungen. Morgen wird der Ministerpräsident die Interpellation beantworten.

### Die Sozialisierung.

Unter dem Titel „Die Sozialisierung, ihre Wege und Voraussetzungen“ hat Heinrich Siebel im „Straßburger“ ein umfangreiches Werk über die Frage der Sozialisierung erscheinen lassen. Da das Buch in der politischen Diskussion der nächsten Zeit eine große Rolle spielen wird, geben wir aus dem Schlusskapitel die nachfolgenden, abgesehen von interessanteren Gedanken wieder:

Nichts hat der Idee und dem Fortschreiten der Sozialisierung mehr geschadet, als die bis zur Hysterie gesteigerte, wiederholte Phrase von der Diktatur des Proletariats und die gegenseitige Bekämpfung der sozialistischen Parteien selbst. Wie abstoßend und lächerlich mußte es auf die Mittelschichten wirken, daß von einem Teil der Sozialisten, die sich durch gegenseitige fanatische Bekämpfung von Wohl zu Wohl um ein Stück ihrer Anhängerzahl und politischen Macht brachten, zugleich die Forderung erhoben wurde, daß zur Durchsetzung des Sozialismus eine proletarische Kinderknechtung die widerstrebende Volksmehrheit diktatorisch beherrschen und verwalten müsse. Kein Wunder, daß sich die Kreise, denen immer wieder die Drohung der Vergewaltigung ins Gesicht geschleudert wurde, vom Sozialismus immer mehr abgekoppelt fühlten und sich immer entschiedener den bürgerlichen Parteien angeschlossen, die der Sozialisierung jede Schwerekeit bereiteten. Mit zunehmender Diktatur verlor sich das Proletariat die Herzen der Volkselemente, auf die es unbedingt angewiesen ist, und damit die Wege zum Sozialismus selbst.

Denn welche Mittel zur Erzwingung der Sozialisierung blieben dem Proletariat, wenn es ihm nicht gelänge, durch vernünftige Aufklärungsarbeit auch die politisch noch schwankenden und widerstrebenden Mittelschichten auf seine Seite zu bringen? Das Ziel des Streiks, des Generalstreiks etwa! Solche wirtschaftliche Maßnahmen können sehr erfolgreich sein, können unüberwindlich wirken, wenn die Sympathien der Volksmehrheit auf der Seite der Streikenden stehen. Schlägt sich dagegen die Mehrheit des Volkes auf die Seite der kapitalistischen Mächte, so bleibt auch der operativste Massenstreik erfolglos. — Auch die Volksgewalt vermochte ihre Diktatur so nur deshalb aufzurichten, weil es ihnen gelungen war, durch ihre Parolen des Friedens um jeden Preis und der entscheidungslosen sofortigen Landverteilung wenigstens für den entscheidenden Zeitpunkt das Wohlwollen der Bauern, also der übergroßen Volksmehrheit zu erlangen. Heute sieht sich ihre Diktatur gegen die Volksmehrheit auf die bewaffnete Macht. In Westeuropa läßt sich aber weder mit einem Male durch eine lockende Parole die Bauernschaft für den Sozialismus gewinnen, noch auch die proletarische Kinderknechtung auf die Maschinengewehre gründen, denn die Waffen und die bewaffneten Organisationen befinden sich in der Hand der Bourgeoisie.

Die sozialistische Ideologie muß erst zur herrschenden werden, sie muß noch über die Kreise des Proletariats hinaus den Gehalt der Volksmehrheit bilden, soll der politische und soziale Widerstand gegen den Sozialismus gebrochen werden. Und heute hat ja die bürgerliche, die kapitalistische Gesellschaftsordnung noch längst nicht einmal im Proletariat selbst ausgekostet werden können. Gibt es doch mehr als eine Million Arbeiter, die immer noch den christlichen Gewerkschaften angehören und es sich ruhig gefallen lassen, daß ihr Führer Eingewandlung einer Regierungsbildung des Bürgerturns gegen den Sozialismus gebildet hat, der vor allem ein Bollwerk gegen die Sozialisierung selbst sein soll. Dazu kommen 200 000 Mitglieder der Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften, polnische Gewerkschaften, Angehörigenverbände von entscheidender sozialistischer Färbung, wie der deutschnationale Handlungsgehilfenverband, und selbst „gelbe“ Arbeiterverbände, die es trotz der Revolution bereits wieder auf Zehntausende von Mitgliedern gebracht haben.

Nicht die mangelnde Reife der kapitalistischen Entwicklung ist es, die eine Sozialisierung hindert, sondern die psychische Unreife der Volksmassen. Damit meinen wir jedoch nicht die geistige und moralische Verfassung jener Arbeiterschaft, die für eine Sozialisierung, beispielsweise die des Bergbaus, in Frage kämen. Sicherlich gehören die Schmeichler des Proletariats nicht zu seinen aufrechten Freunden, und es wäre darum verwunderlich, wollten wir bestreiten, daß gerade die verhassten 6/8 Jahre auch für die Arbeiterklasse alles andere als ein stilles Stillsitzen gewesen sind. Aber auch die Furcht vor den maßlosen Ansprüchen und dem mangelnden Pflichtgefühl der Arbeiter erscheint uns reichlich übertrieben. Höchst wahrscheinlich hat umher das Charakterbild unserer Bergarbeiterschaft am objektivsten gezeichnet, als er am 2. Juli 1920 in der Sozialisierungskommission ausführte, daß er, der zehn Jahre lang im Industriericht gearbeitet und seit 1908 fast allen Verhandlungen der Bergarbeiter beigewohnt habe, keineswegs die Befürchtung hege, die Bergarbeiter würden durch Maßlosigkeit und Unbilligkeit die Sozialisierung selbst am meisten gefährden. Im Uebri gen gebe es Arbeiter, denen vor allem am Wohlstand liege, und andere, die sich einbildeten, daß erst alles zerstört werden müsse, bevor aufgebaut werden könne. Aber es gäbe auch viele verständige Arbeiter mit starkem Gemein Sinn. Manche Widerstände wären zu überwinden, aber die Einsticht der bedächtigeren Elemente trage dennoch den Sieg davon. Seit Umbrells Rede haben sich die Umstände nicht zum Schlechteren entwickelt. Die Ohnmacht und Schwäche der bürgerlichen Elemente ist seitdem so unüberhüllig zutage getreten und die völlige Zerfahrenheit der kommunistischen Partei so offenkundig geworden, daß zahlreiche Arbeiter ihr entschiedener Rufen gehört haben. Auch haben Arbeitsdisziplin und proletarische Disziplin vollständig angenommen.

In dem Verhalten des Reiches... (Text continues with political and economic commentary)

Das was aus tut, ist weniger Routine... (Text continues with commentary on government actions)

Das kommunistische Programm... (Text continues with commentary on communist ideology)

Die Lage des Valutamarktes.

Die Kurse der fremden Zahlungsmittel in Deutschland... (Text discusses exchange rates and market conditions)

Die Valutakurse entsprechen bei normalem... (Text continues with market analysis)

Die Spekulation sucht nach gewissen... (Text discusses speculative activities in the market)

Valutamarktes. Die Lage des Valutamarktes wird durch den... (Text continues with detailed market analysis)

Diese Besserung war aber nur von kurzer Dauer... (Text continues with detailed market analysis)

macht, weil die Besitzer jener... (Text continues with commentary on market participants)

Der internationale Kohlen- und Eisenmarkt.

Der bereits über zwei Monate... (Text discusses international coal and iron markets)

Die Beilegung des englischen... (Text discusses the resolution of the English miners' strike)

Die Lage des amerikanischen... (Text discusses the American iron market)

Der Rückgang der amerikanischen Baumwollproduktion.

Kürzlich erschien der erste... (Text discusses the decline in American cotton production)

Seitdem sich die Preise am... (Text continues with commentary on cotton prices)

Nun rührt bekanntlich die... (Text discusses the impact of cotton production on the economy)

Juniwanderung durch Petersburg.

C. E. Petersburg, im Juni.

Aus dem eine Stunde von Petersburg... (Text describes the June migration in Petersburg)

Während entsezt sich der überfüllte... (Text continues with descriptions of the migration)

Nein! Sie führt am Fontanell... (Text concludes the migration report)

ganzen Schiffbarkeit zu dicht mit... (Text describes the crowded conditions in Petersburg)

Ich werde mich auf dem... (Text continues with descriptions of the migration)

lichen Warenreichtum zu füllen... (Text discusses the abundance of goods in Petersburg)

Und der Verkehr auf den Straßen... (Text describes the traffic and transportation in Petersburg)

Es ist inageligen Abend... (Text concludes the Petersburg report)

## Kommunistische Lärmereien im Volkstag.

### 51. Vollziehung des Volkstages

Dienstag, den 21. Juni 1921.

Präsident Dr. Matthei eröffnet kurz nach 3 Uhr nachmittags die Sitzung und gibt die Beurlaubung einiger Abgeordneter bekannt. Der Arbeitsausschuss der Erwerbslosen läßt eine durch eine am 20. Juni in der Aula der Petruskirche stattgefundene Versammlung gefasste Resolution an den Volkstag gelangen. Die Arbeitslosen sprechen dem Senat ihre tiefe Verachtung für sein Verhalten gegenüber aus. Die Versammlung erkennt die kommunistischen Maßnahmen für die Arbeitslosen an und gelobt in Zukunft der Anordnung dieser Partei nachzukommen.

Abtritt des Abg. Matthei aus der deutschnationalen Fraktion.

Präsident Dr. Matthei gibt bekannt, daß der Abg. Matthei aus der deutschnationalen Fraktion ausgeschieden.

Abg. Matthei gibt hierauf eine persönliche Erklärung ab, die dem Präsidenten vorgelesen hat. Die Deutschnationalen Partei ist, nachdem sie durch die Wahlen der Verfassungsgebenden Versammlung infolge ihrer vor der Wahl oftmals gegebenen Versprechungen, wahrhaft sozial und volkstümlich politisch zu werden, als stärkste und ausschlaggebende Fraktion in die Verfassungsgebende Versammlung eingegangen. Da diese in den Volkstag umgewandelt wurde, so sind auch die Deutschnationalen in dieser höchsten gesetzgebenden Körperschaft, ebenso im Senat, der einflussreichste Faktor. Inwieweit die obengenannten Versprechen im allgemeinen bisher erfüllt wurden, überlasse ich zu beurteilen dem hohen Hause und der Wählerschaft. In Wahrnehmung berechtigter Beamteninteressen hat die deutschnationalen Fraktion bei der Stellungnahme zur Ordoeffnenheit, zur Förderung der Danziger Freistaatsbeamten, dann auch zur Steuerreformfrage und der Organisation des Danziger Beamtenbundes, res. los versagt. Vor den Wahlen gaben die Führer der Deutschnationalen, der jetzige Senats-Vizepräsident Dr. Ziehm und der Direktor der „Allgemeinen Ztg.“, in ungenügender Weise die Zusicherung, daß die Beamten beim Verlust des Sondervertrags entschädigt werden. Dr. Ziehm hat in der Aula des städt. Gymnasiums bei einer Versammlung von Beamten der sozialdemokratischen Richtung Versprechungen solcher Art abgegeben. Die deutschnationalen Fraktion lehnt sich nicht darum und der Finanzsenator Dr. Volkman hat in einer Steuer-Ausschuss-Sitzung betont, für einen Ausgleich auf dem Wege der Entschädigung sei es nicht zu haben. Ein anderer Abgeordneter äußerte sehr trefflich, solche Entschädigungen können zwei Jahre in den Akten des Senats schlummern, ohne daß er sich auch nur im geringsten rühren würde die Beamtenentschädigung ist gewirkt durch eine jahrzehntelange Erfahrung in der vorparlamentarischen Zeit von 1918. In Bezug auf die Entschädigung sollte man die Stadt Memel sich zum Vorbild nehmen, dort ist alles geregelt.

Die Beamtenfeindschaft der Deutschnationalen.

Die darin in Erscheinung trat, daß der Senats-Vizepräsident durch Herausgabe der Steuerborlage überzürmeln wollte. Die Beamtenfeindschaft dieser Fraktion entspringt speziell dem Eigennutzinteresse des reaktionären Einflusses des Großagrarierums, das sich langsam und unheimlich wieder hervorwagt. Ich stelle fest, daß die so oft betonte Beamtenfeindschaft der Deutschnationalen weiter nichts als Eulenschönung und eitle Gaukelei war. Was ich bei den Deutschnationalen erlebte, war häufig weder sozial, noch volkstümlich, sondern das allmähliche Streben nach Wiederherbeibringung der alten reaktionären-konserverativen nachkriegszeitlichen Verhältnisse. Nimmeh, schreibe ich aus der deutschnationalen Fraktion aus. Dem Wunsche meiner Wähler entsprechend behalte ich mein Mandat weiter. Der Deutschnationalen Volkspartei rufe ich aber zu: Ich sehe in diesem Augenblick ihr unaufrichtiges basistisches Ende kommen. Sodann tritt man in die Beratung des Haushaltsplanes der Justizverwaltung ein. Der Hauptausschuss schlägt der Volkstagsversammlung vor, diesen Haushaltsplan der Justizverwaltung mit kleinen Abweichungen anzunehmen.

Staatsberatung.

Abg. Schille (Z.) beantragt als Mitglied des Ausschusses, daß den mittleren Beamten die Möglichkeiten offen gelassen werde in

die höheren Stellen aufzusteigen. Er unterlegt die Sparmaßregel, die bei diesem Etat an unrichtiger Stelle vorgenommen werden soll, einer gerechten Kritik und verweist die Maßnahmen des ehemaligen Magistrats, keine ehemaligen höheren Beamten bei der Justiz wieder unterzubringen. Auch herrscht schon wieder eine stark aufblühende Vetterwirtschaft, die schnellstens beseitigt werden muß.

Abg. Böning weist die Angriffe des Abg. Schille zurück.

Der Abg. Böning erklärt im Interesse der Sparmaßregel, lehnen wir den Etat ab, wir geben keine Mittel hierzu, um dem Staatsanwalt das Recht einzuräumen, Abgeordnete des Volkstages zu verfolgen. In heftigen Ausdrücken gegen den Senat wirft er demselben wiederholt vor, daß die Senatsmitglieder zu Unrecht auf ihrem Posten sitzen. Die Beamten reißen sich nach fetten Posten im Freistaat und begehrten er solche als Charakterlose Wesen.

Abg. Genosse Müller: Beim Etat des Staatsanwalts haben wir uns gestraubt, dem zuzustimmen. Es gibt eine ganze Reihe von jungen Beamten, die für das Neue Freistaatswesen zutiefst sind, hingegen alte Leute wie Generalstaatsanwalt Sasse, die nicht mehr voll arbeitsfähig waren, wurden weiter gehalten auf ihren gut dotierten Posten.

Abg. Schmidt (R.) ruft aus: Proletarier rüftet euch! und bemängelt das gesamte Gerichtswesen, das nur auf Kosten der Allgemeinheit gehalten wird und gegen die Arbeiterschaft zur Anwendung gelangt. Er begrüßte es freudig, daß die Danziger Verfassung zwar nur provisorisch vom Völkerbund genehmigt wird, aber doch eine Handhabe bietet, um solche unliebsamen Herren, wie die Mitglieder des Senats es sind, auf dem schnellsten Wege außer Kurs zu setzen.

Senator Frank wendet sich gegen die Angriffe der Abg. Müller und Böning und betont, daß bei Beförderungen die mittleren Beamten berücksichtigt werden, aber gehobene Stellen sind nicht so zahlreich.

Abg. Böning (R.) verliest ein Gutachten der vorgelegten Justizbehörde, die dem Justiz-Obersekretär Müller das allerbeste Zeugnis ausstellt. Dieser ist seit 18 Jahren tätig und in der letzten Zeit wurde er krank, deshalb hatte man seine Beförderung abgelehnt.

Ein Antrag Böning über alle Posten des Stats gemeinsam abzustimmen wird angenommen und somit der Haushaltsplan der Justizverwaltung in der ersten und zweiten Lesung angenommen. Es folgt die Beratung

des Haushaltsplanes der Polizeiverwaltung.

Abg. Genosse Eyll erklärt bei einer einfachen Zusammenstellung von Ausgaben machen wir jetzt keine Anträge, aber bei dem Gesamtetat der Polizei werden wir nochmals darauf zurückkommen.

Abg. Kuhner (P.) greift den Senat an, weil einige Polen aus einem Eisenbahnzuge herausgeholt und entkauft wurden, die diesmal keine Auswanderer, sondern Zoppoter Badegäste waren. Ein anderer Fall betrifft ein junges Mädchen, das obwohl in Stellung, doch binnen kurzer Zeit ausgewiesen wurde. Zum Schluß greift er noch den Senator Volkman an, weil dieser hinter Zoppot an einer verbotenen Stelle über die Grenze ging.

Abg. Schmidt (R.) spricht vom nationalen Gesindel bei der Polizei. Tadelnd das Verhalten der Sipo gegen Arbeitslose und tritt für den Entlassung der Arbeiter ein, weil ja die Nationalliberalen noch ihre Einwohnerversicherung usw. haben. Er stellt sich auf den Standpunkt, daß die Polizei und die Sipo am Tage keine Waffen tragen dürfen, weil sie nicht damit umzugehen verstehen.

Abg. Böning (R.) berührt die Rednertribüne mit dem Bemerkten innerhalb der kommunistischen Fraktion besteht Arbeitslosigkeit. Eine halbe Stunde hat der Abg. Schmidt gesprochen, jetzt spricht er auch so lange, vielleicht noch länger. In der bekannten Art und Weise verurteilt er das Verhalten der Polizei der Arbeiterschaft gegenüber. Er berichtet, daß die Handelskammer sich ebenfalls einen Schutz angekauft hat und können sich diese Herrschaften die blaue Polizei, die Sipo, die Einwohnerwehr und die Polizeiorganisation der Handelskammer leisten, so müsse sich die Arbeiterschaft auch bewaffnen, um ein Gegengewicht gegenüber diesen Polizeiorganisationen zu haben. Nach einer etwa dreiviertelstündigen Rede, in der Böning andauernd den Senat angreift, wird er von der Tribüne des

Senats, auf der erscheinen die Anzahl Parteifreunde des Abgeordneten Böning anwesend sind, mit Beifall unterbrochen.

Vizepräsident Böning stellt dann auf kurze Zeit die Ruhe wieder her. Als kurz darauf Vizepräsident Böning auf die maßlosen Angriffe Böning antworten will, geht letzterer nicht an das Rednerpult und läßt den Vizepräsidenten Böning nicht zum Wort kommen. Böning verläßt die auf der Tribüne versammelten Kommunisten aufzumuntern und es entsteht hierdurch ein ungeheurer Lärm. Da es dem Präsidenten Böning trotz Verwarnung, trotz minutenlangen Wärens mit der Glocke nicht gelingt, die Ruhe des Hauses wiederherzustellen, schließt derselbe die Sitzung und verläßt dieselbe bis auf heute nachmittags 2 1/2 Uhr. Die Tagesordnung wird heute fortgesetzt. Schluß kurz nach 6 1/2 Uhr.

## Danziger Nachrichten.

Ein Gesetz gegen die Bodenspekulation. Der Danziger Freiland-Freigeldbund hat in einer Eingabe an den Senat und Volkstag am Erlass eines Gesetzes gegen die Bodenspekulation im Freistaat ersucht. Es wird darauf hingewiesen, daß der Boden die Grundlage ist, auf der sich die Wirtschaft der Menschheit aufbaut. Diese Grundlag sollte unter einem Recht stehen, nach dem es jedem nach gleiche Grundbesitz und in bestimmter Ordnung möglich ist, den erforderlichen Boden in Benutzung zu nehmen. Diefem Grundsatz sucht Artikel 110 der Danziger Verfassung gerecht zu werden. Es wird darauf hingewiesen, daß die schärfste Volkstammer unterm 30. November 1920 ein Gesetz über den Verkehr mit Grundstücken erlassen hat, das im Jahrbuch der Bodensreform, I. Heft des 17. Bandes, abgedruckt ist. Dieses Gesetz wäre mit geringen Änderungen auch für den Freistaat Danzig anwendbar. Nach ihm sind alle Grundstücksverkäufe genehmigungspflichtig. Dem Staat steht ein Vorkaufrecht und ein Enteignungsrecht zu. Dieses Recht kann an gemeinnützige Stellen übertragen werden. Für Danzig wird empfohlen, dieses Vorkaufrecht und Enteignungsrecht zugunsten des Wohnungsverbandes auszugeben, dessen Begründung von anderer Seite erstrebt wird. In der Eingabe wird gebeten, dieses schärfste Gesetz möglichst bald auch für Danzig zu übernehmen.

### Sport- und Körperpflege.

#### Vom Arbeiter-Radsport.

Der Bundesvorstand des Arbeiter-Radsport-Bundes „Solidarität“ Danzig unternahm am Sonntag, den 19. Juni, eine Agitationstour ins Land. Erfreulicherweise kann festgestellt werden, daß der Radsport auch auf dem Lande gute Fortschritte macht. Troddem die bürgerlichen Klimbimvereine versuchen, die Arbeiter davon fernzuhalten, wissen die Landarbeiter und Sportler doch, daß sie sich nur unter ihren eigenen Klaffengenossen wohlfühlen. Anschließend an diese Tour hatte der Arbeiter-Radsportverein „Vorwärts“ Danzig sein Frühjahrsrennen Schlemmerhorst-Bohnsack, Das 7 Kilometer-Rennen fand unter großer Beteiligung statt. Troddem die Fahrer gegen großen Wind zu kämpfen hatten, haben sich 17 Genossen am Rennen beteiligt. Davon haben erhalten den 1. Preis Lichtert in 13,23 Min., 2. Probst in 13,28 Min., 3. Neumann, Müll, in 13,32 Min., 4. Hoge in 13,56 Min. und 5. Majewski in 14,— Min. Den Abschluß bildete ein gemächliches Beisammensein in Bohnsack. Um den Radsport zu fördern, veranstaltet die Ortsgruppe Schöneberg a. W. am 10. Juli ein Sommerfest.

Also, Arbeiter, Handwerker, Angestellte, hinein in den Arbeiter-Radsportverein „Vorwärts“, und meldet die bürgerlichen Vereine. Auch im Arbeiter-Sportverein kann jeder seinen Körper kräftigen und sich wohl fühlen.

#### Standesamt vom 21. Juni 1921.

Todesfälle: Maurer Johann Brunk, 49 J. 8 M. — Arbeiter August Marfische, 60 J. 10 M. — E. d. Kaufmanns Arthur Steffens, totgeb. — L. d. Betonmeister Adolphus Gemanowski, 11 Monate. — Dreher Bruno Wendig, 88 J. 8 M. — Wertmeister Otto Sigand, 47 J. 11 M.

„Die Aufseher, die Angestellten, jeder der es sich leisten kann, einen steifen Krug zu tragen und meint, er dürfe einen Mädchen Geld anbieten. Das fängt schon an, wenn wir noch in kurzen Röcken umherlaufen, und später hat man überhaupt keine Ruhe mehr.“

„Können Sie denn den Deuten nicht klar machen, daß...“

„Ich habe es ihnen ja schon klar gemacht; nun aber quälen Sie meinen Alten.“

„Und Ihr Vater...? — Hal! Hal! diese Frage würde sie ihm wohl gestatten.“

„Doch war ihr sein Bögen bereits aufgefallen. — Er war ja einst ein anständiger Mensch, aber das Leben hier verwandelt jeden in einen Feigling. Was immer man braucht, wohin man sich wendet — stets hängt alles von der Gunst eines Aufsehers ab. Der Raum in dem einer schafft, die „rote Arbeit“, die ihm zugesprochen wird oder nicht, Kredit im Warenhaus, oder vielleicht bei Krankeitsfällen der Arzt und unter Dach hat ein Dach, wir haben, wenn es regnet, keinen anderen Fleck zum Schlafen.“

„Ja“ — sagte Hal — „ich verstehe. Wem gehört das Haus?“

„Herrn Kofleg, dem Hausagenten. Aber wir wenden uns schon lange nicht mehr an ihn; das einzige, was er tut, ist die Miete erhöhen. Heute ging mein Vater zu Herrn Cotton, dessen Aufgabe es ist, sich um die hygienischen Verhältnisse zu kümmern; und es kam doch nicht gesund sein, in einem nassen Bett zu liegen.“

Sie verfluchte von neuem und Hal fragte: „Was hat Cotton gesagt?“

„Sie kennen ja Jeff Cotton, können sich also denken, was er gesagt hat. — Sie haben eine hübsche Tochter, Purke. Warum reden Sie ihr denn nicht zu, daß sie endlich Vernunft annimmt?“

„Dann hat er gelacht und meinem Alten erklärt, es wäre ratsam, den Wind endlich zu verstehen, es sei für einen alten Mann schädlich, in der Feuchtigkeit zu schlafen — wie leicht könnte er dadurch eine Lungenentzündung bekommen und daran sterben.“

Nun konnte Hal die Frage nicht mehr zurückhalten: „Was hat Ihr Vater getan?“

(Fortsetzung folgt.)

## „König Kohle.“

Roman von Ibsen Sinclair.

(Fortsetzung.)

18) „Das Unglück des Bergmanns“ — sagte der alte Kaffert hin- zu. „Alte, daß niemand für ihn einspringt. Er steht ganz allein.“

Hal hatte während des Gesprächs die „rote Mary“ beobachtet; sie sah gebeugt, die Arme auf den Tisch gelegt, ihre Haltung verriet die harte Tagesarbeit. Nun wuschte sie sich ins Gesicht, ihre Stimme kam plötzlich, bebend vor Verachtung: „Das Unglück des Bergmanns besteht darin, daß er ein Sklave ist.“

„Aber, Mary...“ — protestierte der alte Mann.

„Die ganze Welt steht gegen ihn und er hat nicht genug Verstand, sich zu organisieren, eine Gewerkschaft zu bilden, sie aufrecht zu erhalten.“

Ein jähes Schweigen fiel auf das Heim der Kafferts nieder. Sogar Hal war verblüfft. — zum ersten Male hörte er im Kohlenrevier das Wort „Gewerkschaft“ anders als im Stillerton ausgesprochen.

„Ich weiß“ — sagte Mary, bösen Trotz in den grauen Augen, — „Ihr wollt das Wort nicht hören. Aber es werden es trotzdem einige aussprechen.“

„Das ist alles schön und gut“ — beschwichtigte der alte Mann.

„Du bist jung, bist eine Frau...“

„Eine Frau? Haben denn nur Frauen Mut?“

„Freilich“ — erwiderte er mit sauerlichem Lächeln. — „Die Frauen haben stiele Zungen und man kann sie nicht hindern, diese zu gebrauchen. Das wissen sogar die Russen.“

„Wag sein“ — sagte Mary. — „Und vielleicht haben auch die Frauen im Kohlenrevier am meisten zu leiden; und vielleicht wissen die Aufseher das!“

Die Wangen des Mädchens brannten dunkelrot.

„Vielleicht“ — entgegnete Kaffert, dann schweig er und paffte an seiner Pfeife. Es war klar, daß er nicht weiter sprechen, keine Gewerkschaftsreden in seinem Hause bilden wollte.

Nach einer Weile versuchte Frau Kaffert schwärzen ein anderes Thema anzuschlagen, indem sie sich nach Marys Schwester,

die krank gewesen war, erkundigte; sie besprachen verschiedene Hilfsmittel gegen Kinderkrankheiten, dann erhob sich Mary: „Ich muß gehen.“ Hal stand ebenfalls auf: „Ich werde Sie begleiten, wenn Sie erlauben.“

„Natürlich“ — lachte sie, und die ganze Familie Kaffert schien durch diese Aeußerung von Hals Galanterie wieder in heitere Stimmung versetzt worden zu sein.

Da sie die Straße entlang schritten, bemerkte Hal: „Heute habe ich hier zum ersten Male das Wort „Gewerkschaft“ gehört.“

Mary sah sich ängstlich um: „Weißt“ — flüsterte sie.

„Aber Sie waren es doch, die davon gesprochen!“

„Es ist etwas anderes im Hause vor Freunden zu reden, als auf der Straße. Deshalb soll man sein Verdienst fortwerfen?“

Er dämpfte die Stimme zu einem Flüsterton herab: „Möchten Sie wirklich hier eine Gewerkschaft haben?“

„Wirklich? Haben Sie denn nicht eben selbst gesehen, wie feig Herr Kaffert ist? Und so sind sie alle. Nein, nein, ich halte das wieder einmal die Geduld verloren. Ich bin heute Abend halb verrückt, — habe auch allen Grund dazu.“

Er glaubte, sie würde weiter sprechen; doch schien sie sich anders besonnen zu haben. Schließlich fragte er: „Was ist geschehen?“

„Es hat keinen Sinn, darüber zu sprechen“ — erwiderte Mary; dann gingen sie eine Weile schweigend neben einander her.

„Wollen Sie es mir nicht doch sagen?“ — die warme Güte seiner Stimme schien ihr Eindruck zu machen.

„Wie wenig wissen Sie doch von einem Kohlenrevier, Joe Smith!“ — sagte sie. — „Können Sie sich denn gar nicht vorstellen, was es bedeutet, hier — eine Frau zu sein; noch dazu eine Frau, die allgemein gefürchtet!“

„Das also ist es!“ — rief er aus. Wieder schwiegen beide, bis er endlich zu fragen wagte: „Hat jemand Sie belästigt?“

„Freilich. Immer werden wir Frauen von dem einen oder dem andern belästigt. Immer. Kein Tag vergeht, an dem es uns eripart bliebe. — Wisse und Wink, wohin wir gehen.“

„Wer denn?“

„Wer denn?“



# Danziger Nachrichten.

## Die Bauarbeiter im Streik.

In einer zum gestrigen Tage nach dem Verfallszeitpunkt einberufenen außerordentlichen Mitgliederversammlung des Deutschen Bauarbeiterverbandes wurde Stellung gegen die Ablehnung des Schiedspruches durch den Arbeitgeberverband genommen. Kollege Brill erstattete den Bericht und führte u. a. folgendes aus: Der unter dem 6. Juni gefällte Schiedspruch befriedigte die Bauarbeiter nicht im geringsten, trotzdem haben sie ihn aber unter den in der Entschließung vom 14. Juni aufgestellten Bedingungen angenommen. Der Wiederaufbau soll sich so schnell wie möglich vollziehen. Unter den jetzigen Verhältnissen leiden die Arbeiter am allermeisten. Der Arbeitgeberverband, der durch die Abtrennung Danzigs vom Deutschen Reich eine andere Zusammenlegung erhielt, lehnte den Schiedspruch, wie uns mitgeteilt wurde, mit 30 gegen 4 Stimmen ab. Dadurch, daß Danzig eine internationale Stadt werden soll, hat sich das Großkapital Deutschlands des Baugewerbes durch verschiedene Filialen hier niedergelassen. Redner zählte die einzelnen Firmen auf, die nicht nur aus dem Wiederaufbau Danzigs, sondern auch aus Polen und Rußland Millionengewinne einfahren wollen. Die Vertreter dieser Firmen beherrschen den Arbeitgeberverband und wollen nicht nur die Arbeiter knebeln, sondern auch die Danziger Kleinunternehmer aus der kommenden Konkurrenz ausschalten. Darum müssen große, gewaltige Kämpfe mit den Arbeitern geführt werden, weil man weiß, daß dadurch den Kleinunternehmern schwerer Schaden zugefügt und die Ringbildung eines leichteren und sichere wird. Gelingt den Unternehmern dies, dann werden sie den Bauauftraggeber, und dies ist in Zukunft die Allgemeinheit, in der unerhörtesten Weise ausbeuten. Der Senat hilft ihnen bei dieser Arbeit. Das hat der Senator Dr. Beste bei Beantwortung der sozialdemokratischen Anfrage zur Genüge bewiesen. Man kann von dem Danziger Senat in seiner heutigen Zusammenlegung auch nichts anderes erwarten. Er betrachtet sich nicht als die Vertreter der Allgemeinheit, sondern der kleinen hier herrschenden Kapitalisten- und Großgrundbesitzerklasse. Dr. Beste war bis zu seinem Amtsantritt einflussreiches Vorstandsmitglied im Arbeitgeberverband des Baugewerbes und Vertreter der Bau-Firma Wath und Freitag. Dieses erklärt alles. Die Herren von Bildung und Besitz hätten aber doch schon die wahren Gründe ihrer Ablehnung des Schiedspruches anführen müssen. Im allgemeinen glaubt man, daß jetzt die Zeit zum Wiederaufbau gekommen sei und beruft sich dabei auf die Statistiker, die die Berechnungen für das Existenzminimum herausgeben. Wir wiesen öfters auf die Berechnungen des Dr. Kuczyński hin. Damit sollte durchaus nicht dokumentiert werden, daß wir die Schlussumme des Dr. Kuczyński als Mindestlohn ansehen. Er berechnet nicht die üblichen Bedürfnisse des Haushalts, sondern er geht von den Kalorienmengen aus, die ein Mensch zu seiner Ernährung unbedingt braucht. Mit den von Kuczyński angeführten Lebensmitteln ist es jedoch einem Schwerarbeiter völlig unmöglich, auszukommen. Wir haben gegen eine ganz besondere Klasse hier im Freistaat zu kämpfen. Zu den Kriegsgewinnlern, Dividendenjägern, Vermögensverschleiern, Schnaps- und Kartoffelmillionären, Volksausplünderern, kleinen und großen Milchpantfchern, Korn- und Fleischwucherern, Häuserpekulanten und Steuerdrückbergern kommen jetzt noch die Wiederaufbaugewinnler. Diese Leute haben sich so an das Einfachen der Pfingstgewinne gewöhnt, daß sie davon nicht lassen wollen. Es gibt nun zu der Ablehnung drei Möglichkeiten: 1. eine abwärtende Stellung einzunehmen; 2. einen partiellen und 3. einen allgemeinen Streik zu unternehmen. Er, Redner, sei für einen partiellen Streik, und begründete diesen Vorschlag auch. Er habe aber den Auftrag, den allgemeinen Streik für alle im Hochbau Beschäftigten zu empfehlen. Der Kampf würde schwer und opfervoll sein. Eine lebhafteste Aussprache schloß sich an, an der sich die Kollegen Voh, Bohnke, Kadohki, Dieball, Strenowski, Hollmann, Knitter, Klatt, Dirshauer, Pösch, Lau, Koch, die mit Ausnahme von Klatt und Koch, die für den partiellen Streik, für den allgemeinen Streik eintraten. Die Abstimmung ergab, daß von 667 Stimmen für den allgemeinen Streik 764 und für den partiellen Streik 95 Stimmen abgegeben wurden, außerdem waren 6 Stimmen unglücklich. Durch diesen Beschluß ist von Mittwoch, den 22. Juni, der allgemeine Streik beschlossen. Nach einem Schlusswort des Kollegen Brill wurde die Versammlung geschlossen.

Zu gleicher Zeit tagten in Oliva, in der Kollege Haß sprach, und in Popoort, in der Kollege Adam sprach, Versammlungen. Erstere erklärte sich in ihrer Mehrheit für den partiellen, letztere für den allgemeinen Streik.

## Die Lohnbewegung der städtischen Arbeiter.

Eine am Montag abend bei Schmidtke, Schichangasse, tagende gut besuchte Vollversammlung des Staats- und Gemeindearbeiterverbandes beschäftigte sich mit dem vom Oberschiedsgericht gefällten Schiedspruch. In diesem sind folgende Löhne festgelegt. Der Grundlohn Angelernter beträgt 2,80 bis 2,60 Mark pro Stunde, für gelernte Arbeiter und Handwerker 3,50 Mark pro Stunde. Die geforderte Wirtschaftsbeteiligung von 1,95 Mark wurde auf 75 Pfennig herabgesetzt. Die Angelernten und die Handwerker erhalten dazu eine Zulage von 14 Pfennig und die Angelernten eine solche von 4 Pfennig pro Stunde. Außerdem soll eine jährliche Zulage von 350 Mark für Handwerker und Angelernte und eine Zulage von 250 Mark für Angelernte gewährt werden. Eine in den städtischen Betrieben vorgenommene Abstimmung, die über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches erfolgte, ergab bei 1801 abgegebenen Stimmen 964 für nein, 815 für ja, 22 Stimmen waren unglücklich. In der Debatte kam man zu dem Entschluß in den Betrieben nochmals abzustimmen und soll diese Mittwoch erfolgen. Eine sehr scharfe Zurückweisung ließ die Versammlung den bekanntem, vom Stadtv. Exekutiv in der letzten Stadtkonferenz vorgebrachten Ausführungen zuteil werden, wonach bei der Lohnbewegung kommunikative Mittel zum Ausdruck kämen. In einer Resolution wurde dagegen protestiert und zum Ausdruck gebracht, daß die Arbeiter die Lohnforderungen nur vom gewerkschaftlichen Standpunkt zur Verbesserung ihrer Lebenshaltung gestellt haben. Die Beschlüsse des Betriebsarbeiterrates des Auswandererlagers nach Bremen und Hamburg zum Studium der dortigen Lage wurde

eine stehende Besprechung unterzogen und man den Veranlassungen entgegen.

Die Explosionsgefahren im Danziger Hafen sind Gegenstand einer Anfrage des hiesigen Senats des Vortages an den Senat. In der letzten Zeit sind mehrfach größere für Polen bestimmte Munitionstransporte im Treibgebiet gescheitert und teilweise in die für Aufbewahrung von Sprengstoffen in keiner Weise geeigneten Lagerräume untergebracht worden. Nicht nur für die im Hafen beschäftigten Arbeiter, sondern auch für die weitere Umgebung des Hafens bestehen dadurch außerordentliche Gefahren, denen unvorhergesehen vorgebeugt werden muß.

Kunststoff über die Fremdenlegion. Das „Wanderungsamt“ der Stadt Danzig, (Wollgasse 15/16) teilt allen Interessenten, insbesondere solchen, die Verwandte bezw. Freunde bei der Fremdenlegion zu wissen glauben, mit, daß bezüglich der französischen sowie der spanischen Fremdenlegion neuerdings behördliche Nachrichten eingelaufen sind, die im Laufe während der üblichen Sprechstunden werktags (zwischen 11 und 1 Uhr) mit Ausnahme des Sonnabends Auftragsarbeiten persönlich zur Verfügung gestellt werden.

## An die Ortsvereine der Sozialdemokratischen Partei der Freien Stadt Danzig!

Werte Genossinnen und Genossen!

Auf Grund des § 19 des Organisationsstatutes berufen wir den diesjährigen

### ordentlichen Parteitag

am Sonntag, den 26. Juni 1921, vormittags 10 Uhr nach Danzig, Volkstagsgebäude, Neugarten 23/24.

Die vorläufige Tagesordnung ist wie folgt festgesetzt:

1. Erstattung des Geschäftsberichtes. (Gen. Klatt.)
2. Bericht der Pressekommission. (Gen. Bergmann.)
3. Beschlußfassung über das Organisationsstatut. (Berichterstatter Gen. Brill.)
4. Tätigkeitsbericht der Volkstagsfraktion. Berichterstatter Genosse Gebl.
5. Unsere Stellung zur 2. Internationale. Referent Genosse Dr. Jint.
6. Wahl des Landesvorstandes, der Kontrollkommission und der Pressekommission.
7. Anträge.

Weitere Mitteilungen sind den Ortsvereinen direkt zugegangen.

Mit Parteigruß

Der Landesvorstand.

Eine deutschstämmliche Woche in Danzig. In den ersten Oktobertagen d. J. soll in Danzig eine deutschstämmliche Woche veranstaltet werden. Meistens Kreise der Bevölkerung sollen auf ihr mit den landschaftlichen Schönheiten der engeren und weiteren Heimat, ihrem Volkstum, ihrer Sprache, den hervorragenden Bau- und Kunstdenkmälern vergangener Zeiten und den Werken bürgerlicher Kleinkunst vertraut gemacht werden. Zu diesem Zwecke hat sich der Deutsche Heimatbund, der in volkstümlicher Weise die Liebe zu deutschem Wesen pflegt und verbreitet, mit der wissenschaftlich arbeitenden deutschstämmlichen Gesellschaft verbunden. Die Tagung wird Vorträge, Veranstaltungen anderer Art und Führungen bringen.

## Zwei Raubüberfälle vor dem Schwurgericht.

In der gestrigen Schwurgerichtssitzung hatten sich der Arbeiter und ehemalige Hausportier August Beder und dessen Ehefrau mit Raubführer wegen Straßensraub zu verantworten. Beder soll am 8. Januar einem stark angegrauten Raubführer Neumann etwa 60 Mark bares Geld, das sich in einem Portemonnaie befand, sowie eine Säge geraubt haben, während der ihn in Gemeinschaft mit einem anderen Manne namens Schulz nach Hause führte. Frau Beder wurde beschuldigt, ihren Mann zu der Tat überredet und das Geld an sich genommen zu haben. Beder bestritt die Tat und behauptete, Schulz sei der Täter. Eine Reihe von Verdachtsmomenten, darunter die Auffindung einer größeren Geldsumme in der Wohnung des Beder, führten schließlich zur Erhebung der Anklage gegen diesen und seine Ehefrau. Der Junge Schulz, der selbst von den Angeklagten der Tat bezichtigt wurde, machte sehr bestimmte Angaben, die besonders den Ehefrau Beder schwer belasteten. Die Säge, die dem Raubdiensten entzogen worden war, wurde in der Wohnung des Angeklagten vorgefunden. Der Verdächtige versuchte die Aussagen des Zeugen dadurch zu entkräften, daß er auf dessen nicht unbedeutende Vorstrafen hinwies. Aus diesem Grunde könne seinen Angaben kein Glauben geschenkt werden. Die Geschworenen vernahmen nach längerer Beratung die ihnen vorgelegten Schuldfragen, worauf die Angeklagten freigesprochen wurden.

Die zweite Verhandlung betraf einen Raubüberfall auf die Gänblerin Krupp durch zwei Burshen im Stadtgebiet. Angeklagt waren der Arbeiter Albert Witt und Hermann Kraft, sowie der Feiger Franz Stegemann, sämtlich aus Stadtgebiet. Durch ein Rauswurf angetrieben kamen die Angeklagten am 14. Februar, nachdem sie sich durch Kopfschläger äußerlich unmerklich gemacht hatten, nach Lebensdorf an das Geschäft und Köppler an die Tür. Als die alte Frau, die ein brennendes Licht in der Hand hielt, den Burshen öffnete, stürzten sie sofort über sie her, warfen sie zu Boden, steckten ihr einen bereit gehaltenen Revolver in den Hals, festhielten sie und schlugen auf die sich heftig wührende Frau ein. Dabei war das Licht verloscht. Als die Räuber darauf mit der Wüderung des Raubens beginnen wollten, gelang es der Ueberfallenen, den Ankel zu lockern, worauf sie laut nach Hilfe zu schreien begann. Sehr bald eilten nun Hausbesitzer herbei. Bevor diese noch am Labor eintrafen, entflohen die Räuber. Die Ueberfallene hatte durch die gewalttätige Behandlung mehrere schwerere Verletzungen davongetragen. Die drei Angeklagten wurden zu je einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus und Ehrverlust auf die Dauer von drei Jahren verurteilt. Mildernde Umstände wurden verneint.

Bestandesaufnahme für Martinstag. Die Bestandesaufnahme für Martinstag findet am 30. d. Mts. nach Schließung der städtischen Judenbuden eine Bestandesaufnahme für Martinstag statt. Juli-Zugernorten dürfen vor dem 1. Juli 1921 nicht mit Zucker beauftragt werden; das Nähere ist aus der heutigen Bestandsaufnahme zu ersehen.

Die Ringkämpfe im Ramm Operettentheater wurden gestern eingeleitet durch das Treffen Stallig - Siegfried, das unentschieden blieb. Im Treffen Hummel - Sanger gelang es Sanger schon nach zwei Minuten Hummel auf die Schultern zu legen. Im Entscheidungstreffen Schmitz - Parabanoff legte S. in der 21. Minute. Deut. Wittwoch, Neuwandlungsplatz Sanger - Parabanoff. Herr Parabanoff hat Herrn Sanger nachdem er vom Kampffeld wegen unrichtigen Bogens disqualifiziert wurde, nochmals einen Neuwandlungsplatz ausgenommen und verpackte fast 1000 Mark zu zahlen. Letzter erbot sich Schläge aufzufahren. Ferner ringen Adler - Siegfried, Mac Donald - Hummel. Näheres siehe Jesteral.

Verstorbene ist seit dem 14. d. Mts. die 11-jährige Schülerin Magdalene Schulz, Tochter der Frau Anna Schulz, Danzig, Neuhäuserstraße 6. Sie ist vom Schulgang nach der Schule Wittich nicht nach Hause zurückgekehrt. Sie ist bekleidet mit blauem Rock, rot farbiger Bluse, gestreifter Schürze, braunen Strümpfen und Leinwandstiefeln. Mitteilungen erbittet das Volkstagspräsidium, Abteilung 2 c.

Als gestohlen angesehen sind zwei Tischtelefonapparate und ein Sack mit Störgarn. Die rechtmäßigen Besitzer wollen sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 36, melden.

Gezogen, im Eingang am 21. Juni: Deutscher D. „Gott“ von No. „Van (Weizen), deutscher D. „Schiff“ von Swinemünde (Passagiere), deutscher D. „Ostsee“ von Antwerpen (Kohlen); am 22. Juni: Deutscher D. „Ducis“ von Rotterdam (Kohlen), dänischer D. „Vistula“ von Kopenhagen (Passagiere). Ausgang am 21. Juni: Deutscher D. „Gottland“ nach Oldenburg (Leer), deutscher Seefischer „Blumenfeld III“ nach Ostpreußen (Leer), Danziger D. „Sonne“ nach Hamburg (Leer), deutscher D. „Haller“ nach Kaval (Kesselfabrik); am 22. Juni: französischer D. „Gallica“ nach Viborg (Leer), deutscher D. „Schiff“ nach Swinemünde (Passagiere).

Vollzeitsbericht vom 22. Juni 1921. Festgenommen: 15 Personen, darunter 1 wegen Diebstahls, 1 wegen Unterschlagung, 18 in Vollzeitshaft.

Odra. Am Donnerstag, den 23. Juni, nachmittags 6 Uhr findet im Rathaus zu Odra eine Gemeindevertreterversammlung mit nachfolgender Tagesordnung statt: 1. Geschäftsordnung für die Gemeindevertretung; 2. Festsetzung der Befugnisse der Kommission; 3. Wahl von sechs stellv. Beisitzern des Wirtschaftsausschusses; 4. Wahl eines Armenpflegers; 5. Besuch des Odraer Turn- und Sportvereins um Gewährung einer Beihilfe. Besondere Sitzung: 1. Räumung eines Pachtvertrages; 2. Entschädigung für die Räumung der Kabaanreinigung.

## Veranstaltungs-Anzeiger

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt:  
1. Begegnung (Stadtdiertel zwischen Gündelgasse und Mühlstädtischen Graben). Mittwoch, den 23. Juni, abends 6 1/2 Uhr: Bezirksversammlung in der Aula der Hülshaus'schen Heilige Geistgasse 111. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Fochter: Praktischer Sozialismus; 2. Verschiedenes. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

11. Bezirk (Heubude): Donnerstag, den 24. Juni, abends 7 Uhr: Bezirksversammlung bei Schömann. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Waffow; 2. Jugendfrage; 3. Verschiedenes. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Verein Arbeiterjugend Danzig:  
Heute, Mittwoch, im Heim, Reiterlaferne, Zimmer 81, abends 7 Uhr: Heimabend. Erscheinen aller Mitglieder ist erforderlich. Freunde und Gönner des Vereins sind willkommen.

Sängerverein „Gängergruß“:  
Heute, Mittwoch, den 23. Juni, abends 7 Uhr, im Verfallszeitpunkt: Probe zum Parteitag.

Zentralverband der Angefallenen:  
Donnerstag, den 24. Juni, abends 7 Uhr, im Verfallszeitpunkt, Panisplatz: Außerordentliche Generalversammlung.

Touristenverein „Die Naturfreunde“:  
Donnerstag, 24. Juni, abends 8 Uhr im Heim: Mitgliederversammlung. Die wichtigsten Punkte der Tagesordnung sind: Souveniren am Sonntag, 26. Juni, und Kolonne des Arbeiter-Sport-Rudervereins Danzig am 27. Juni an der Kaiserliche Strahlstein-Brücke. In Betracht der Wichtigkeit dieser beiden Punkte ist das Erscheinen eines jeden Mitgliedes erforderlich.

Landesamt vom 22. Juni 1921.

Todesfälle: Tochter des Schlossers Adalbert Senger, 4 J. — Beifahrer Gustav Klatt, 59 J. 2 M. — Sohn des Bildhauers Willy Larnowski, 11 M. — Leutnant Eduard Böhmke, 43 J. 9 M. — Witwe Luise Hoff geb. Hunger, 69 J. 8 M.

## Heutiger Devisenstand in Danzig.

|                  |                   |        |            |        |
|------------------|-------------------|--------|------------|--------|
| Polsische Mark:  | (Kausl. 4,50—5,5) | 4,65   | am Vortage | 4,90   |
| Dollar:          | 88 1/2            | 88 1/2 | 86 1/2     | 86 1/2 |
| Engl. Pfund:     | 263, —            | 263, — | 262, —     | 262, — |
| Frang. Franken:  | —                 | —      | —          | 5,65   |
| Schwed. Franken: | —                 | —      | —          | 11,90  |

## BORG CIGARETTEN für Qualitäts-Raucher

Wasserstandsnotizen am 22. Juni 1921.

| gestern heute |             | gestern heute    |             |
|---------------|-------------|------------------|-------------|
| Jantoch       | +0,88 +0,88 | Piecki           | -0,21 -0,20 |
| Worshau       | +0,91 +0,91 | Dirshan          | -0,04 -0,14 |
| Wlod          | +0,55 +0,55 | Einlage          | -2,26 -2,46 |
| Thorn         | +0,26 +0,27 | Schlesienhörn    | -2,54 -2,70 |
| Torben        | +0,12 +0,14 | Schönow D. P.    | -6,62 -8,82 |
| Calu          | +0,03 +0,03 | Galgenberg D. P. | -4,38 -4,36 |
| Grauberg      | +0,13 +0,16 | Neuhäuserbush    | -2,00 -2,00 |
| Rurgedack     | +0,36 +0,36 | Wolfsdorf        | —           |
| Montauschke   | +0,03 +0,06 | Annachs          | —           |

Verantwortlich für Politik Dr. Wilhelm Holze, für den Danziger Nachrichtenrat und die Unterhaltungsabteilung Fritz Weber, beide in Danzig; für die Illustration Bruno Gwert in Oliva. Druck und Verlag von J. G. H. u. Co., Danzig.

**Die Geldreform.**

In Heft 19 der "Wochenschrift", das unter anderem auch einen Artikel von Philipp Scheidemann über den Status der Währungsreform enthält, befaßt sich Darius mit der Geldreform. Er ist der Ansicht, daß eine Rückkehr zu den alten Geldverhältnissen, als eine Papiermark auf der Höhe der Goldmark stand, weder möglich noch wünschenswert sei. Was wir notwendig hätten, sei die Festsetzung des Kurses. Um dies zu erreichen, müsse der Wert der Goldmark dem Kurs der Papiermark entsprechend herabgesetzt werden. Wir verpflichten uns noch immer, für 30 Mark Banknoten ein Stück von 1000 Mark Gold zu zahlen, während man im freien Verkehr kaum 8 Prozent davon erhält, und in Wirklichkeit zahlen wir gar nichts. Räumen wir doch endlich mit dieser Fiktion auf. Wir hätten uns in aller Eile, daß unsere Mark nur noch etwa 8 Prozent ihres früheren Wertes in Gold gilt. Wenden wir unser Währungsgebot, wie unsere Münzen um, machen wir aus jedem 20-Mark-Stück in Gold 250 Mark, wie dessen Wert tatsächlich ist, und das Problem ist gelöst. Voraussetzungen zur Begrenzung dieses Fortschritts auf die zulässige Währungsreform vor dem Weltmarkt, die sich voll auf bewährt habe. Auch wir müßten das Ergebnis der bisherigen Geldentwicklung zur Basis der neuen Fiktion haben. Diese Fiktion müßte auch gar bald Frankreich erlauben und daraus die Konsequenzen ziehen, wenn es aus seiner finanziellen Notlage herauskommen würde. Das ganze Problem sei jetzt die Saluta zu fesseln. Wenn wir endlich auch aus den Volkswirtschaften herauskommen. Denn bei jeder Senkung der Saluta, also Steigerung der Preise der Substitutionsmittel, werden die Arbeiter höhere Löhne verlangen, und bei jeder Senkung der Saluta, also wenn die Preise der einheimischen Substitutionsmittel und die Preise der ausländischen Rohstoffe steigen, werden die Unternehmer Lohnreduktionen durchzuführen suchen, um auf dem Weltmarkt bestehen zu können. Die gewaltige nominale Steigerung der Arbeitslöhne bei der Geldentwertung ist ein großer Fall, der sich der Erigerung der Saluta verweigert hat. Diesen Fall einfach abtropfen zu lassen, heißt soziale Kämpfe von unübersehbarer Tragweite auszulösen. Die Auseinandersetzungen über die Höhe, die jetzt zwischen den Arbeitern und den Unternehmern stattfinden, sind zu einem wesentlichen Teile ein Kampf um die Saluta. Es ist im Interesse beider Parteien, daß diese Steigerung, die dem Kampf erst keine große Tragweite gibt, ausgeschaltet wird. Behalten wir den Geldkurs, wie er ist, aber halten wir ihn fest, verhindern wir vor allem seine weitere Erigerung, denn wird die Lohnausbeutererhöhung viel von ihrer Schärfe verlieren.

Eine Rückkehr zum alten Geldkurs ist auch deshalb unmöglich, weil man dann sämtliche Beamtengehälter, Eisenbahnfrachten usw. wieder herabsetzen müßte. Eine Lösung auf der mittleren Höhe, indem man sich sagt, wir können zwar den alten Geldkurs nicht wieder herstellen, aber wir wollen ihn höher halten, als er gegenwärtig ist, würde nur Inflationsneigen - nach allen Richtungen hin - und den Staat um einen großen Teil des Kupens bringen, den er aus der Fixierung der Geldentwertung ziehen konnte. Für unsere Zahlungen in die Welt ist die Abtragung unserer inneren Kriegsschuld durch Fixierung der Geldentwertung der Wert eine Vorbedingung, ohne die alle anderen Maßnahmen illusorisch bleiben müssen.

Vertretern der amerikanischen Petroleumquellen. Nach einer Cabanmeldung aus New York vom 18. Juni ist an der Börse in amerikanischen Petroleumwerten ein Aufbruch von heben Punkten eingetreten. Die Veranlassung hierzu bildete ein Bericht, der von dem Präsidenten des Schiffahrtsamtes, Hiram, dem Vorsitzenden des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses, vortrug. Abgemittelt wurde und besagt, daß die Ertragsfähigkeit der mexikanischen Petroleumquellen merklich abnehme. Der Bericht stellt die Antwort auf eine Reihe von Anfragen der Betrefflichen der Behauptung, daß auf einem Flächenraum von 40 Quadratmeilen 68 von 104 Quellen kein Petroleum mehr liefern und daß die übrigen Quellen durch eindringendes Salzwasser erlosch würden. Staatssekretär Hughes gab eine Erklärung ab, wonach die Regierung die in ihrem Bericht befindlichen Informationen nicht veröffentlichte, da dies bedeuten würde, daß sie sich für die Richtigkeit der Informationen unwillig verkürge. Ein Bericht von Sachverständigen lobte die amerikanische Regierung auf, die Ausbeutung der mexikanischen Petroleumquellen selbst zu übernehmen, indem er besagt, daß die britischen Gesellschaften, die den größten Anteil an der Petroleumerzeugung und Petroleumverkauf in Mexiko besitzen, die politischen Forderungen der Regierung zum Nachteil der amerikanischen Gesellschaften unterstützen.

band der Deutschen Bankgesellschaften und dem Reichsverband der Deutschen Bankgesellschaften in die Wege zu leiten. Am Sonntag, 12. Juni, traten Vorstanddelegationen der beiden Bankvereine zusammen, um unter dem Vorsitz Kufhäuser und sich vom Kufhäuser die Vorgänge, die zur Spaltung geführt hatten, eingehend zu erörtern und die Möglichkeit einer Einigung zu prüfen. Nach mehrstündigen Beratungen unterbreiteten die Vorsitzenden den beiderseitigen Verbandvertretern einen Vermittlungsvorschlag, zu dem namentlich die Zentralverbände des Allgemeinen Verbandes und des Reichsverbandes Stellung nehmen werden, um Ende Juni wiederum zu weiteren Beratungen zusammenzutreten und alsdann den beteiligten Mitgliedschaften eine Vorlage zur Entscheidung zu unterbreiten.

Nach der Bohrerzeugung in Amerika wird berichtet, daß für das Schiffahrtspersonal eine Regelung mit 15 Prozent Gehaltserhöhung erfolgt und angenommen ist. Der neue Lohnstarif soll bis Ende dieses Jahres in Kraft bleiben. Die gleiche Regelung sollen auch die Bohrerhältnisse des Maschinenpersonals der Handelsflotte erfahren, außerdem sind Verhandlungen mit den Vertretern der Matrosen- und Heizerverbände eingeleitet.

**Aus aller Welt.**

Große Leute eines solchen Jalousie-Vorfalles. Ein Berliner Schwindler, von dem in der Presse schon wiederholt berichtet wurde, treibt immer noch mit großem Erfolg sein Unwesen. Es ist der Mann, der in herrschaftlichen Wohnungen als angeblicher Beauftragter des Hauswirts erscheint, um die Jalousien nachzuführen. Er geht von der Straße aus nach, ob an der Jalousie einer herrschaftlichen Wohnung, besonders im Westen Berlins, etwas nicht in Ordnung ist. Die Leute haben oft schon den Hauswirt auf die Schäden aufmerksam gemacht, warten auf deren Abstellung und freuen sich, daß endlich der Hauswirts im Auftrage des Wirts erschein; sie nehmen den Mann freundlich auf und lassen ihn ohne Aufsicht schalten und walten. Der Schwindler macht sich dann auch etwas an den Jalousien zu schaffen und entfernt sich in der Regel wieder unter dem Vorwande, daß er noch eine Schürze oder Bekleidung zu holen habe. Wenn er dann nicht wieder kommt, entdeckt man vielfach, daß der "Jalousierevisor" Silberzeug, Schmuckstücke oder andere wertvolle Stücke mitgenommen hat. Er geht wieder erbeutete er am Kurfürstendamm für 30 000 Mk. Silberzeug und Schmuckstücke, für seine Ermittlung und die Wiederbeschaffung des von ihm gestohlenen Gutes, dessen Wert sich bereits auf 300 000 Mark beläuft, ist eine hohe Belohnung ausgesetzt.

**Gewerkschaftliches.**

Bereitigung der Bauarbeiter-Gewerkschaften. Im Lager der gewerkschaftlich organisierten Bauarbeiterbewegung hatte sich im Herbst 1920 eine Spaltung vollzogen, die weit über den Kreis der Bauarbeiter hinaus von allen organisierten Privatangestellten lebhaft beklagt wird. Der Vorstand des Kfz-Bundes hat sich deshalb bemüht Einigungsverhandlungen zwischen dem Allgemeinen Ver-

**Bestandsaufnahme für Markenzucker.**

Auf Grund der Verordnung über die Erziehung des Wirtschaftsministers Danzig vom 23. 1. 20 wird folgendes angeordnet:

1. Am Donnerstag, den 30. Juni 1921 haben sämtliche zum Kleinhandel mit Zucker zugelassenen Händler des Freistaates ihre bei Geschäftsschluss vorhandenen Bestände an Markenzucker festzustellen.

2. Zuckerhändler, die nicht rechtzeitig in den Besitz des für die Bestandsaufnahme erforderlichen Vordruckes gelangt sind, haben die Verpflichtung, diesen von ihrem Landratsamt, Magistrat bezw. vom Ernährungsamt Danzig abholen zu lassen.

3. Die ausgefüllten Vordrucke sind von den Zuckerhändlern spätestens bis zum 5. Juli 1921 dem zuständigen Kommunalverband einzusenden.

4. Vor dem 1. Juli 1921 dürfen die Zuckermarken für den Monat Juli nicht beliefert werden.

5. Unrichtige Angaben, Unterlassung der Ausfüllung oder verspätete Rücksendung der Vordrucke werden bestraft. Die in den Beständen verbleibenden oder unrichtig angegebenen Zuckermengen können zu Gunsten des Wirtschaftsministers eingezogen werden. (4554)

**Das Wirtschaftsamt.**

3 gebrauchte, durchgeputzte, betriebsfertige 4-Tonnen Lastkraftwagen, 3 2-Tonnen Anhänger sowie 3 5-Tonnen Langhölzerhänger zu verkaufen. Nähere Auskunft erteilt das Städt. Wirtschaftsbüreau, Wl. Kaiserstr. Höhe Seigen Der Senat. (4555)

**Neues Operetten-Theater**

Dir.: Paul Sarrazin

Heute und folgende Tage

Anfang 7.30 Uhr Anfang

**Großer internationaler Ringer-Weltstreit**

um den großen Preis von Danzig im Betrage von 10000 Mark in bar.

Heute Mittwoch (22. Tag) Ringen:

Nochmaliger Revanche-Kampff

Langer gegen Parandoff

Köhler gegen Siegfried

Mao Donald gegen Hummel

Notiz: Herr Parandoff hat Herrn Langer, nachdem er vom Kampftage wegen unrichtiger Boxen-Regelungen wurde, nachdem ein Revanche-Kampff aufgenommen und verpfichtet sich 1920 N. 1. zu zahlen, falls er verlor. Nach diesem Zerkommen ist Herr Langer nochmals auf den Kampf eingegangen.

**Varieté-Programm!**

Vorverkauf im Deumehaus, Langgasse.

Kasseneröffnung 7 Uhr. An's g 7 1/2 Uhr.

Libelle

Musik, Gesang, Tanz.

**Lichtbild-Theater**

III. Damm 3. 14551

Spielplan vom 22. bis 24. Juni 21

**Der Tod des Anderen!!**

Doketivdrama in 4 Akten.

Hauptdarsteller . . . Alwin Neud.

**Gezeichnete Mädchen!!**

Großes Sittendrama in 5 Akten.

Hauptrolle . . . Wanda Freumann.

Große Lustspiel-Einlage in 3 Akten.

**Loth's Etablissement**

Langfuhr, Heiligenbrunn.

Donnerstag große

Johannisfeier u. Ball. Anfang 6 Uhr.

Kapelle mit 12 Musikanten und Orchester für Verano und Gesellschaften. Tel. 1. 1658

**Führe die Praxis des verstorbenen**

**Dr. med. Redmer**

Danzig, Fleischmarkt 11, weiter. 14550

Sprechstunden 8-10 vorm. und 3-4 nachm.

**Dr. med. Langowski**

**Kleine Anzeigen**

in unserer Zeitung sind billig und erfolgreich.

**Robert Ehmann**

Altstädtischer Graben 3

neben der Tabakfabrik von M. A. Hassa.

**Prima Kammgarn-Wolle 4**

Page 50 Gramm . . . 6.50, 5.80, 4.40

**Vieler Knaben-Anzüge 90**

Reine Wolle mit Zwirnketten. Eigenes Fabrikat in 10 Größen von 44-52 an

(4552)

**Wir empfehlen folgende Kleine Flugschriften der Monistischen Bibliothek:**

- Das Wesen des Monismus . . . . . 1.20
- Monismus und Religion . . . . . 1.20
- Die freie Wahrheit . . . . . 1.20
- Religionsunterricht oder Moralunterricht? 1.20
- Monismus und Klerikalismus . . . . . 1.20
- Die Entwicklung der Erde . . . . . 1.20
- Der Mensch und das Weltall . . . . . 1.20
- Ueberblick über die Geschichte der Abstammung im Kampfe mit der Schöpfungsgeschichte . . . . . 1.20
- Die Abstammungslehre . . . . . 1.20
- Der Bau des Menschen als Zeugnis für seine Vergangenheit . . . . . 1.20
- Der Ursprung des Lebens . . . . . 1.20
- Die Entwicklung von Pflanze und Tier . . . . . 1.20
- Lebensbeherrschung . . . . . 1.20
- Dualistische und monistische Weltanschauung . . . . . 1.20
- Wahlzeugung . . . . . 2.40
- Anfänge des Glaubens und heidnische Grundlagen des Christentums . . . . . 1.20
- Kann der Monismus eine Religion genannt werden? . . . . . 2.40
- Wenn es keinen Gott gibt, was dann? . . . . . 1.20

**Buchhandlung Volkswacht**

Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32.

**Stad Lungenleiden**

Tuberkulose, Katarrhe usw. Verl. Sie koeten, San-Rat Dr. Wale's ausführl. Druckschrift hierüber Dr. Gebhard & Cie., Berlin W 35, Potsdamer Straße 104a. (3435)

**Moderne fertige Anzüge**

Gummi-Mäntel, Schläpfer

modern gestreifte Hosen

schonst preiswert (4521)

Altstädtischer Graben 99/101

Eingang Kl. Mühlengasse

J. Czerninski, Danzig.

**Hüte**

für Damen und Herren

werden in unserer kleinen Fabrik nach neuesten Formen bei sorgfältigster Ausführung in kürzester Zeit

umgepreßt, gewaschen und gefärbt.

Stroh- und Filzhut-Fabrik

Hut-Bazar zum Strauß

Annahmestelle

nur Lawandegasse Nr. 6-7.

(gegenüber der Markthalle). (4508)

**Billiges Fleisch!**

**Primo Rindfleisch knochenfrei**

In eigenem Saft gekocht in 1- und 2-Pfund-Dosen, per Pfund

**7.00 Mark**

Das Fleisch ist deutschen Ursprungs und erstklassig. Kostproben werden verabfolgt. Jede Dose wird auf Wunsch geöffnet.

Wiederverkäufer Vorzugspreise.

**Johannes Blech**

Danzig, Altstädtischer Graben 42

Telefon Nr. 282.

Nur einmalige Einfuhr!

**Volkspflege**

Gewerkschaftlich-Gewerkschaftliche Verbesserungsgesellschaft

Sterbekasse. Kein Polizeiverfahren.

Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder. Auskunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der

Rechnungsstelle 16 Danzig

Bruno Schmidt, Matienbuden 56.

**Bernhardiner Sund**

rosenrot, 1 1/2 J. alt, zu verkaufen.

Prank, Dirschauer Str. 18

**Genossen, Leser und Gefinnungsfreunde**

Geschäfte, die nicht in guter Zeitung inserieren, verzichten auf eure Kundenschaft! Berücksichtigt daher bei euren Einkäufen nur die Interessen der "Danziger Volkswacht".

**Bahn-Kranke**

brauchen nicht lange zu warten und werden möglichst gleich nach ihrem Kommen behandelt. Neue Gebisse auf Wunsch bis 24 Std. Umarbeitungen und Reparaturen werden mögl. am selben Tage angefertigt. Goldbrücken, Kronen etc. in 1a Gold. Garantie für Brauchbarkeit. Schonende, möglichst schmerzlose Behandlung. Dankeschreiben über schmerzloses Zahnziehen. Niedrige Kostenberechnung. Sprechzeit 8-7, Sonntags 9-12.

Institut für Zahnleidende

Wesferstadt 71

Telefon 2221